



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Sozialausschuss  
Postfach 7121  
24171 Kiel

c/o Vista gGmbH  
Alte Jakobstr. 85/86, 10197 Berlin  
Telefon: 030 – 2008 99-0  
Fax: 030 – 2790 9880  
E-Mail: [post@drugchecking.de](mailto:post@drugchecking.de)

### Stellungnahme zu den Anträgen

„Drogenpolitik muss Präventionspolitik bleiben“ (FDP, Drucksache 18/157), „Konsequente Anti-Drogenpolitik und Suchtprävention fortsetzen“ (CDU, Ds. 18/179) und „Drogenpolitik braucht Prävention und Innovation“ (SPD, Bündnis '90/Die Grünen, SSW, Drucksache 18/216)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Drugchecking-Initiative Berlin-Brandenburg ist ein Zusammenschluss von Fachleuten der Drogenhilfe und Drogenpolitik. Seit Jahren beschäftigt sich die Initiative mit fachlichen, rechtlichen und politischen Aspekten sowie den Potenzialen und Risiken von Drugchecking. Weitere Infos zur Initiative und zum Thema Drugchecking finden sich auf der Website [www.drugchecking.de](http://www.drugchecking.de).

Zu den Drucksachen 18-0157, 18-0179, 18-0216 nehmen wir wie folgt Stellung:

Dem grundsätzlichen Anliegen aller Antrag stellenden politischen Parteien<sup>1</sup> kann mit der Initiierung eines wissenschaftlich begleiteten Drugchecking-Modellprojekts vollständig Rechnung getragen werden:

Drugchecking sollte als ein Baustein der vielfältigen Maßnahmen gegen Drogenmissbrauch, der Aufklärung, der Suchtprävention und des Gesundheitsschutzes in die Drogenhilfe und –politik eingebettet sein und stellt einen innovativen Ansatz dar, um vermeidbaren Schädigungen durch Drogenkonsum vorzubeugen und bislang nicht erreichte Konsumierende durch Präventionsangebote zu erreichen.

Drugchecking ist also eine Strategie der Schadensminderung und Suchtprävention und stellt keine Konkurrenz zu, sondern eine sinnvolle Ergänzung von anderen suchtpreventiven und helfenden Maßnahmen für Jugendliche und Erwachsene dar.

Auch wenn bereits wissenschaftliche Studien zu Drugchecking-Projekten durchgeführt wurden, ist ein weiteres Modellprojekt eine gute Möglichkeit, die Qualitätssicherung des Angebots zu fördern sowie erwünschte und unerwünschten Wirkungen und regionale Besonderheiten eines Drugchecking-Angebots in Schleswig-Holstein zu betrachten. Zudem hat sich gezeigt, dass bei

---

<sup>1</sup> FDP: „Sinnvolle Präventionsangebote insbesondere für Jugendliche unterstützen“; CDU: „Kommunen in ihren vielfältigen Bemühungen gegen Drogenmissbrauch weiterhin unterstützen. Maßnahmen zur Aufklärung und Prävention fortführen“; SPD, Bündnis 90/Die Grünen, PIRATEN und SSW: „Modellhafte Erprobung von Drugchecking-Angeboten“.



moralisch und ideologisch belasteten und politisch strittigen Themen eine wissenschaftlich begleitete Projektumsetzung einen politisch tragbaren Kompromiss eröffnet und zur Versachlichung beiträgt.

Im Sinne einer humanen, gesundheitsorientierten Drogenpolitik ist die Initiierung von Drugchecking-Angeboten angezeigt, weil sie der Gruppe von zum Konsum entschlossenen Menschen Möglichkeiten zur Vorbeugung von Folgeschäden des Konsums sowie zur Selbstreflexion des Konsumverhaltens eröffnet. Drugchecking-Angebote sind darüber hinaus auch effizient, weil sie deutlich kostenintensivere Behandlungen auf Grund von Folgeschäden des Konsums vermeiden.

Neben weiteren umfassenden Informationen auf unserer Website [www.drugchecking.de](http://www.drugchecking.de) finden Sie dezidierte Hinweise zur gesundheitspolitischen und rechtlichen Bewertung von Drugchecking unter anderem in der Handreichung zum Drugchecking-Symposium in Berlin am 06.05.2011 unter [http://drugchecking.de/pdf/2011-05-06\\_DC-Symposium\\_Handout.pdf](http://drugchecking.de/pdf/2011-05-06_DC-Symposium_Handout.pdf).

Neben der Drugchecking-Initiative Berlin-Brandenburg haben sich auch alle Fachverbände im Drogenhilfebereich sowie unter anderem der Deutsche Städtetag für die Initiierung eines Drugchecking-Modellprojekts ausgesprochen. Alle Stellungnahmen anlässlich der Anhörung des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestags zum Thema am 28.09.2011 finden Sie unter [www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a14/anhoerungen/Archiv/k\\_Drugchecking/stellungnahmen/index.html](http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a14/anhoerungen/Archiv/k_Drugchecking/stellungnahmen/index.html).

Weiterhin weisen wir hiermit auf die Website des EU-geförderten Projekts Trans European Drug Information (TEDI) unter [www.tedi-project.org](http://www.tedi-project.org) hin.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag der Drugchecking-Initiative Berlin-Brandenburg

Rüdiger Schmolke

Geschäftsführung

Chill out e.V. – Verein zur Förderung akzeptierender Drogenarbeit